

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees
1070 Wien, Spitalgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at

KRIEGSBOMBER EUROFIGHTER: MIT DER NEUTRALITÄT NICHT VEREINBAR!

Beim Ankauf der „Abfangjäger“ geht es nicht um die Überwachung des österreichischen Luftraumes. Die bestellten Flugzeuge sind keine Abfangjäger, sondern Jagdbomber für kriegerische Einsätze.

Das Verteidigungsministerium hat laut Vertrag Jagdbomber bestellt, obwohl Abfangjäger ausgeschrieben waren. Die US-amerikanischen Lizenzen sind nur dazu da, dass die Abfangjäger auch für kriegerische Einsätze der NATO verwendet werden könnten. „Die Software ermöglicht die Kommunikation zwischen den österreichischen Abfangjägern und US-sowie Nato-Streitkräften“, schreibt das Regierungsorgan „Wiener Zeitung“ (22.5.07).

Österreich ist ein Land, das seit mehr als 50 Jahren in keinen militärischen Konflikt involviert war. Dennoch leisten wir uns seit Jahren Abfangjäger, die nie benötigt wurden. Die Grenzen der Nachbarländer sind zu nah und der österreichische Luftraum zu klein, um irgendjemanden abzufangen. Das unterstrich kürzlich der sicherheitspolitische Berater des Verteidigungsministers, Oberst Gustenau, indirekt. Er meinte, dass die neuen NATO-Länder im Osten, wie etwa Ungarn, einen Anflug aus dem Osten, der nur fünf bis sechs Minuten dauere - nicht abwehren könnten. Damit ist auch klar, dass Österreich das ebenso nicht könnte.

Wozu Abfangjäger?

Daher sind auch Gespräche, die SPÖ-Verteidigungsminister über Verringerung der Zahl oder Heraushandeln eines besseren

Preises führt, eine Augenauswischerei. Was aber sehr wohl interessant ist, ist die Frage, warum die österreichische Regierung glaubt, Jagdbomber zu brauchen. Wenn man sich die Politik der letzten zehn Jahre anschaut, dann die liegt die Antwort offen da: Der



Gusi der „Sozialfighter“ gelobt: Keine Eurofighter ...

Standard schrieb in einem Kommentar (19./20.5.07) bezüglich der damaligen Bestellung folgende Zeilen: „Viel zu wenig beachtet wird bei der Typenentscheidung die Vorstellung von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und seiner Außenministerin Benita Ferrero-Waldner, innerhalb kürzester Zeit NATO-Mitglied werden zu können.“ Ein Zufall, dass der Eurofighter genau jene Type ist, die NATO-kompatibel ist?

Und wenn nicht in der NATO, dann sollen wir nach dem Wunsch der Herrschenden zumindest im Rahmen einer EU-Streitkräfte mit dabei sein. Mit dem Ankauf der Eurofighter leistet Österreich einen weiteren Beitrag zur EU-Aufrüstung. Den EU-Battle-Groups, also der Teilnahme Österreichs an EU-Kampfeinsätzen, wurde schon 2005 zugestimmt. Günter Höfler, Kommandant der Streitkräfte des österreichischen Bundesheeres, sagte offen, dass die Eurofighter dazu dienen, für „Kampfeinsätze

im europäischen Verbund“ mit einem Einsatzradius „Westbalkan bis hinunter nach Afrika, den Nahen Osten und den Kaukasus“ zur Verfügung zu stehen. Klarer kann man es nicht ausdrücken!

Neutralitätsbruch

Der Kauf der Abfangjäger bedeutet eindeutig Bruch der Neutralität und ist ein Landesverrat, der von allen Parteien im Parlament mitgetragen wird. Auch die Grünen, die sich im Untersuchungsausschuss so erfolgreich geben, haben bei der Abstimmung über die Eingliederung unseres Landes in das europäische Militärsystem mitgestimmt. Schöne „Volksvertreter“, die doch dem Wunsch ihrer Wähler Ausdruck verleihen sollten! Man bedenke, dass die Mehrheit der Bevölkerung für die Beibehaltung der Neutralität ist. Die Parlamentarier treten diesen Willen mit Füßen.

Wer sind die Nutznießer?

In Österreich sind es die Unternehmer, die in den Genuss der Kompensationsgeschäfte kommen und damit ihre Gewinne noch mehr steigern können. Rüstungskonzerne, die von der europäischen Aufrüstung ihre Profite bereits in den letzten Jahren vervielfacht haben und weiter vervielfachen werden. All jene europäischen Konzerne, die sich ihre Exportmärkte und Rohstoffquellen sichern wollen, lachen sich ins Fäustchen.

Für die sollen wir wo möglich unsere Köpfe hinhalten. Dazu sagen wir ein lautes „Nein!“

(Quelle: GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg), 2/07 - Titel und Ergänzungen von der ÖSK-Redaktion)

EU-VERTRAG: ALTER WEIN IN NEUEN SCHLÄUCHEN

Vor zwei Jahren haben Frankreich und Holland eine EU-Verfassung abgelehnt. Jetzt soll sie wieder belebt werden.

In Österreich – auch in anderen EU-Ländern – ist darüber öffentlich praktisch nie diskutiert, das Vertragswerk aber im Parlament von allen Parteien, also von ÖVP; BZÖ, FPÖ, SPÖ und Grüne, abgesegnet worden. Heute gibt sich BZÖ und FPÖ in der Opposition kritisch, die FPÖ verlangt sogar eine Volksabstimmung. Als EU-Verfassungsgegner dies 2005 forderten, stießen sie bei allen Parteien auf taube Ohren. Bei Strache verhält es sich so wie schon zuvor bei Westenthaler oder Haider: in Worten sind sie für eine Volksabstimmung, für die Neutralität „für Österreich“ usw., in Taten haben sie bereits zugestimmt und betreiben den politischen und wirtschaftlichen Ausverkauf Österreichs genauso wie die Regierungsparteien. Wie zuletzt Landeshauptmann Haider mit der Hypo Alpe Adria, die er an die Bayern LB verscherbelte, was nur zur Rettung der Finanzen des Landes Kärnten diente.



Jetzt soll unter dem Namen EU-Vertrag und mit ein paar kosmetischen Korrekturen das Sozialabbau- und Demokratieabbauvorhaben sowie das Aufrüstungs- und Liberalisierungsprojekt, sprich noch

mehr Freiheit für das Kapital, der EU doch noch umgesetzt werden. Diesmal völlig unter Ausschluss des Volkes (Volksabstimmungen). Man will alles absegnen und dann 2009 in einem Aufwaschen mit den

Europawahlen eine Pro-Entscheidung darüber mit der Gesamtmehrheit der Staaten und Bevölkerungen herstellen. Das heißt auch in Ländern, wo etwa im einzelnen Land keine Zustimmung erfolgt, würde dann der „neue“ EU-Vertrag als angenommen gelten, wenn die Gesamtmehrheit der EU dafür ist. Hier haben natürlich die großen Staaten ein Übergewicht. Es geht nicht um Übereinstimmung, sondern um Überstimmung. Ein Vorgeschmack, wie in die „Architekten“ dieses Vertrages sich die Zukunft der EU vorstellen: noch abgehobener und von den Bevölkerungen ungestörter.

Als wir als Vertreter einer Plattform, die eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung verlangte, 2005 beim damaligen SPÖ-Vorsitzenden und jetzigen Bundeskanzler Gusenbauer und vorsprachen und für eine Volksabstimmung in dieser Frage warben, meinte dieser sinngemäß: Er sei gegen eine Volksabstimmung, weil das sonst so interpretiert werden würde, dass die SPÖ gegen die EU-Verfassung sei, was aber nicht der Fall sei. Auf die eigene Basis hat der damalige Herr Oppositionsführer schon damals gepfiffen und auf „staatsmännisch“ getan. Und das setzt sich in der Großen SPÖ-VP-Koalition nahtlos fort, ja da ist Gusenbauer willigster Erfüllungsgehilfe der deutschen Kanzlerin Angela Merkel, wenn z. B. darum geht widerborstigen Staaten klar zu machen, dass die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips doch kein Problem sei. Tatsächlich können durch die vorgesehene Umstellung auf Mehrheitsbeschlüsse in Zukunft die großen Staaten noch einfacher über die kleinen drüberfahren. Für Österreich bedeutet das noch mehr Unterordnung unter die wirtschaftliche und militärische Vorherrschaft der EU, d.h. für uns konkret Deutschland.

Eurofighter, die Teilnahme an den EU-Schlachttruppen, oder die verpflichtenden Auslandsdeinsätze für österreichische Berufssoldaten, sind da nur ein Vorgeschmack. Das bedeutet unabsehbare Folgen für die Menschen in Österreich. Wir müssten in wirtschaftliche und militärische Krisen der EU oder gar bei Kriegen EU-„solidarisch“ sein, d. h. wieder mitmarschieren.

Offt wird die Gefahr an die Wand gemalt, dass beim endgültigen Scheitern der EU-Verfassung/Vertrag ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ drohe. Na und? Da könnte Österreich dann z. B. seine Neutralität erhalten, müsste nicht bei Militäreinsätzen der EU mitmachen usw. usf. Beim vorgesehenen EU-Vertrag gibt es zwar nur eine Geschwindigkeit, aber die ist nur für die großen Staaten und ihre Konzerne gut, über die kleinen müssten mitlaufen und – wie schon jetzt z. B. beim Eurofighter die Gefahren und die Kosten tragen. **Deshalb Nein zu EU-Verfassung/Vertrag, JA zur Neutralität.**

(Ob es tatsächlich zu einer Einigung der EU-27 kommt, war bis zu Redaktionsschluss dieser Ausgabe nicht bekannt).

Auf wen hört Gusenbauer?

Im Wahlkampf noch hat Gusenbauer gesagt, dass die von FPÖVP eingeführte Gruppenbesteuerung, bei der Konzerne ihre Gewinne im Inland mit Verlusten im Ausland gegenrechnen können, nur eine Förderung der Großkonzerne sei. Die Steuerverluste wurden mit 800 Millionen Euro pro Jahr berechnet. Mitte Juni 2007 ist der Bundeskanzler voll des Lobes, spricht davon, dass „wir uns die Gewinne und einen Teil des Wachstums hier nach Österreich hereinholen“ (Presse, 16.6.07). Es wird gar von „nur“

LESERBRIEF

Ich bin enttäuscht ...

... von der SPÖ-geführten Regierung. Ich hab's nicht geglaubt, bis ich es selbst erlebt habe. Bei einer FSG-Veranstaltung war eine für Gesundheit zuständige Nationalratsabgeordnete der SPÖ eingeladen. Sie referierte brav und bei der anschließenden Diskussion wurden etliche kritische Fragen gestellt. Etwa, warum man sich von der ÖVP alles gefallen lasse und – auch wenn man nicht die Mehrheit hat – nicht Klartext rede. Weil nur so würden die Menschen erfahren, was los sei. Darauf antwortete die Frau Abgeordnete händeringend: „Trja, wenn wir in Opposition wären, könnten wir ...“. Daraufhin platze einem Teilnehmer der Kraken: „In der Opposition hat es geheißt: Wartet, wenn wir in der Regierung sind, dann können wir. Jetzt, in der Regierung, höre ich wieder, wenn wir in Opposition wären ... Ja was, denn? Zu so etwas sage ich Nein, Danke!“.

F.W., Wien

mehr 150 Millionen Steuerverlust im Jahr gesprochen. Eine Kleinigkeit für das Großkapital und deren Fürsprecher Gusenbauer, den zum Beispiel entspricht dieser Betrag etwa den Studiengebühren. Laut „Presse“ hätten die „roten Manager“ und früheren SP-Regierungsmitglieder wie Siemens-Chefin Brigitta Ederer, ÖMV-Chef Ruttenstorfer oder der Industrielle Hannes Androsch sich bei Gusenbauer für eine Beibehaltung eingesetzt. Vielleicht braucht da ein Elektrokonzern neue Schmiergeldreserven. Die ÖMV schreibt ja Rekordgewinne in Folge und der Herr Androsch hat so viel Geld, dass er sich beim neuen Höllenhund (Cerberus) der Bawag beteiligen kann. Wahrscheinlich hat er sich das dadurch angespart, dass er seinerzeit die Salinen um den Symbolbetrag von einem Schilling nachgeschmissen bekommen hat.

lich seine Ablehnung der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre damit, dass das für die jungen Leute gefährlich sei, weil im Wahlkampf ja auch übertrieben werde und „Wahlkampf heißt ja nicht nur pure Wahrheit. Junge Leute könnte man damit verderben.“ So ein Verständnis von Demokratie, von Wahlkampf, dass das Belügen der Wähler schon fix voraussetzt, ist wirklich gefährlich. Statt den Missstand zu kritisieren und zu bekämpfen, schreibt Spindelegger ihn fest und will die jungen Leute – eben durch Nichtsenkung des Wahlalters – davor „schützen“. Ein Meinungsträger mit so einer Meinung hat nichts auf dem Posten des 2. Nationalratspräsidenten zu suchen. Aber vielleicht helfen neue Aufkleber: Wählen kann Ihre Zukunft gefährden!

Wählen nur mehr alle 5 Jahre:

Sie pfeifen aufs Volk

Nun, schon die Schwarz-Blau-Orange Regierung wollte die Österreichische Bundesverfassung reformieren. Daraus ist zunächst nichts geworden. Mittlerweile basteln unter Ausschluss der Öffentlichkeit Großkoalitionäre, Ex-„Präsidenten“ wie Khol (Nationalrat, VP) oder Fiedler (Rechnungshof, VP-nahe) oder der Volksanwalt Kostelka (SP) an der „Verfassungsreform“ weiter. Bis zu 1.000 Artikeln sollen da abgeändert werden.

Eine Reform ist aber trotzdem – aber nur ganz kurz – an die Öffentlichkeit gedrungen: die Verlängerung der Legislaturperiode von 4 auf 5 Jahre. Alle Parteien haben da schon zugestimmt. Kein Wunder, verlängert sich doch dadurch auch deren lukratives Einkommen um ein Jahr. Vor allem aber will man keine lästigen Zwischenrufe durch das Volk, das zum Beispiel in Schweden alle 3 Jahre wählen darf. Man will ungestörter durchziehen was den Lobbys und den Großkopferten und Reichen passt. Das spricht Bände über das sonst so hoch gehaltene Demokratieverständnis aller Parlamentarier, egal welcher Parteifarbe. Welche Heuchelei, wenn man dann gleichzeitig das Wahlalter auf 16 senkt. Aber vielleicht ist der wahre Grund, dass man hofft, dass in 5 Jahren die Menschen mehr vergessen was versprochen wurde, als in 4 Jahren. In Oberösterreich wird überhaupt nur alle 6 Jahre gewählt. Ein Schlaraffenland für „echte Demokraten“. Manch einer spricht das auch offen aus: der neue, zweite Nationalratspräsident, Michael Spindelegger von der ÖVP. Dieser begründete nämlich

Flexibilisierung der Arbeitszeit:

Arbeiten bis zum umfallen?

Wie schaut sie aus, die Neuregelung des Arbeitszeitgesetzes ab 2008?

Die Unternehmen werden es erheblich leichter haben, die Arbeitszeiten legal auszuweiten. Die Betonung liegt auf legal, denn schon jetzt haben sich die Unternehmer immer weniger an die geltenden Gesetze bei Arbeitszeit und Überstundenbezahlung gehalten. Statt dass die Gewerkschaft endlich die Einhaltung der Gesetze fordert und dafür Druck macht, oder den noch immer gültigen ÖGB-Beschluss nach einer 35-Stunden-Woche umsetzt, gibt sie der Industrie weiter nach. Und ihr Wirtschaftsvertreter in der Regierung, Minister Bartenstein, freut sich auch und interpretiert die Vereinbarung gleich noch freizügiger: „Wenn sich Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter der jeweiligen Branchen darauf einigen, sind auch dann Zwölf-Stunden Schichten möglich, wenn man keine wirtschaftliche Notwendigkeit nachweist.“ (Die Presse, 3.5.07) Hier wird dem Willen der Unternehmer völlig nachgegeben und der Ausbeutung der arbeitenden Menschen

noch mehr Tür und Tor geöffnet. Und für das Unternehmerblatt ist auch klar: „ab 2008 werden weniger Überstunden ausbezahlt und vermehrt über freie Tage abgegolten werden“ (Die Presse, 26.4.07).

Die wichtigsten Neuerungen:

- Anhebung der täglichen und wöchentlichen Höchstarbeitsgrenzen auf 12 bzw. 60 Stunden.
- Ausweitung der Durchrechnung von 12 auf 24 Wochen, dazwischen zumindest zwei Wochen keine zusätzlichen Überstunden.
- Öffnung auch für schriftliche Einzelvereinbarungen in Betrieben ohne Betriebsrat bei arbeitsmedizinischer Unbedenklichkeit.
- Ermöglichung von 12-Stunden-Schichten
- Ermöglichung von 4-Tage-Woche (4 x 10 Stunden) auch durch Einzelvereinbarung in Betrieben ohne Betriebsrat.
- Generell kann via Kollektivvertrag die

tägliche Normalarbeitszeit auf 10 Stunden angehoben werden, ebenso wenn flexible Gleitzeit vereinbart wird.

- Durchrechnungszeitraum von bis zu einem Jahr.
- Einarbeitungszeitraum grundsätzlich 13 (statt 7) Wochen, tägliche Normalarbeitszeit bis 10 Stunden.
- 25 Prozent Zuschlag für Teilzeitkräfte bei Mehrarbeit, wenn Mehrstunden nicht innerhalb eines Quartals ausgeglichen werden.
- Erhöhung der Höchststrafen von 436,- auf 3.600,- Euro.



Die Auswirkungen:

Insgesamt werden mit dieser Neuregelung die Beschäftigten noch mehr der Willkür der Unternehmer ausgesetzt. Schon jetzt wurden Überstunden oft nicht ausbezahlt. Es wird legalisiert und liberalisiert was bisher Gesetz und ein gewisser Schutz für die arbeitenden Menschen war.

Ende des 8-Stunden-Tages:

Die Neuregelung bedeutet de facto das Ende des 8-Stunden-Tages. Was die „arbeitsmedizinische Unbedenklichkeit“ betrifft, verhält es sich so wie mit den zahllos gemachten Arbeitsinspektoren. Die Angst um dem Verlust des Arbeitsplatzes soll in Zukunft die Menschen noch gefügiger machen. Die ÖGB-Spitze hat mit dieser „Einigung“ mit schuldig am steigenden Leid der arbeitenden Menschen.

Kapovaz:

In Zukunft können die Unternehmer Beschäftigte noch leichter einteilen wie sie wollen. Da bedeutet die vom ÖGB bisher abgelehnte „Kapovaz“ (kapazitätsorientierte

variable Arbeitszeit) und Unmengen an Kostenersparnis für die Unternehmer. Überdies kommt es zu einem Verlust von Überstundenzuschlägen für Vollzeitbeschäftigte.

Der Druck auf die Betriebsräte steigt, die gewerkschaftliche Solidargemeinschaft ist durchbrochen. Das kommt einer Selbstzerstörung gleich. Beschäftigte ohne gewerkschaftliche oder betriebsrätliche Vertretung sind durch die Zulassung von Einzelvereinbarungen in diesem Bereich völlig der Willkür der Unternehmer ausgesetzt. Und das mit dem Segen des ÖGB.

Der 25-Prozent-Zuschlag für Mehrarbeit von Teilzeitbeschäftigten wird kaum Wirkung haben. Selbst der ÖGB kommt in seinem Nachrichtendienst Nr. 3330 vom 24. Mai 2007 bei seinen zwei vorgezeichneten Beispielen auf einen Mehrverdienst von einmal 13 Euro (Beispiel Handelsangestellter) und zum anderen von 19 Euro (Beispiel Kellner) im Monat. Im Gegenzug ersparen sich die Unternehmer durch die weitere Flexibilisierung bei den Vollzeitbeschäftigten enorme Summen.

Und was die Erhöhung der Strafen betrifft ist das prinzipiell gut, die Unternehmer haben aber dafür viel mehr Spielraum als bisher bekommen. Das, was sie sich durch die Flexibilisierung ersparen, ermöglicht ihnen allfällige Strafen nach wie vor aus der „Portokasse“ zu bezahlen.

Selbstdemontage des ÖGB:

Zusammenfassend lässt sich sagen: Der Druck auf Betriebsräte und Einzelpersonen wird stark steigen, die gewerkschaftliche Solidargemeinschaft ist durchbrochen. Kollektivverträge werden so immer mehr durchlöchert. Die Bürde, via Betriebsvereinbarungen Arbeitszeitregelungen zu treffen, wird auf die unmittelbaren Belegschaftsvertreter abgewälzt. Die Gewerkschaften schwächen sich selbst und leiten so ihre Selbstdemontage ein. Um im Lichte der „Sozialpartnerschaft“ gut dazustehen, ist der ÖGB einseitig den Unternehmern zu Lasten der arbeitenden Menschen entgegen gekommen.

DIE USA, DER STAATSTERRORIST NR. 1, BEDROHEN DEN FRIEDEN AUF DER GANZEN WELT!

Vor vier Jahren hat die USA, damals unter den Vorwand, Saddam Hussein besitze Massenvernichtungswaffen und fördere den islamischen Terror, den Irak, das Land mit den drittgrößten Erdölvorräten der Welt, überfallen, mit einem Bombenkrieg verwüstet und besetzt.

Hatten schon davor haben die 10 Jahre US-Bombenkrieg und Sanktionen ca. 1 Million Irakern das Leben gekostet, so brachte der letzte US-Krieg gegen den Irak nochmals ca. 100 000 Menschen den Tod, dem Land Hunger, Elend und Verwüstung.

Seit den vier Jahren US-Besatzung geht es der irakischen Bevölkerung schlechter als je zu vor und weitere ca. 100 000 Menschen sind den Folgen der Besatzung bzw. den Kriegeshandlungen zum Opfer gefallen.

Nächstes Ziel Iran

Heute bedrohen die US-Herrscher u. a. den Iran, das Land mit den zweitgrößten Erdölvorräten der

Welt, mit Krieg. Unter dem Vorwand, für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte und gegen Diktaturen und Terrorismus einzutreten, sind die USA auf der ganzen Welt auf aggressivem Expansionskurs, ja Kriegskurs.

Am NATO-Gipfel im Juni wurden der Kaukasus, Zentralasien, Nordafrika bzw. Westafrika und der Nahe Osten als Schwerpunkte der US-Interessen genannt. Die USA führen Krieg in Afghanistan und im Irak, sie weiten ihre Kriegsschauplätze auf Pakistan und Usbekistan aus, das nun der wichtigste US-Verbündete in Zentralasien ist. Usbekistan erhält derzeit pro Jahr ca. 160 Millionen Dollar Finanzhilfe. Die USA bedrohen neben Iran auch Syrien mit Krieg. Ein neuer Schwerpunkt ihrer Interventionen ist nun Westafrika. Aus dieser Region werden die USA in ca. 10 Jahren rund 25 % ihres Erdölbedarfs beziehen, derzeit sind es schon 15%. Europa: Die USA wollen nun, an der Grenze zu Russland, in Tschechien und Polen vorgeschobene



Quelle: Der Standard

Raketenbasen in Betrieb nehmen. Angriffsziel ist Russland! Bush sagte in Prag, der „kalte Krieg“ ist vorbei. Ja das stimmt. Die Kriegsvorbereitungen der USA geraten längst in eine „heiße“ Phase.

Weltweite Militärpräsenz

Sie errichten gerade Militärstützpunkte in Rumänien und Bulgarien, um so näher zu ihren Angriffszielen im Nahen und Mittleren Osten zu sein.

Insgesamt liegt die Zahl der im

Ausland stationierten US Soldaten, ohne der Truppen im Irak und Afghanistan, bei über 250 000 Mann! Die Gesamtzahl der Stützpunkte außerhalb der USA, auf die diese jederzeit zurückgreifen können, liegt bei ca. 1000.

Die USA entwickeln weiters langfristig angelegte Strategien der Destabilisierung und der Umstürze in Ländern mit ihnen nicht genehmen Regierungen!

Sie reformieren ihre Streitkräfte in Richtung von mobilen, schnellen, hochtechnisierten Eingreiftruppen, die rasch und leicht an jedem Ort der Welt Interventionskriege führen können, zur Etablierung bzw. Erhaltung der militärisch-politischen Macht der USA, im Interesse der langfristigen riesigen Profite der großen US-Konzerne.

Islam der Vorwand

Die USA brauchen als Vorwand zur Legitimierung dieser mörderischen Politik einen Feind. Zu diesem wird heute hauptsächlich der „Islam“ hochstilisiert. Jede Propaganda kommt da gerade recht.... Die US-Kriegspropaganda wird auch von den europäischen Regierungen unterstützt, die sich als Handlanger für die nächsten US-Kriege hergeben. Auch sie beteiligen sich an der psychologischen Kriegsführung.

Grundlagen der US-Vorherrschaft

Die US-Vorherrschaft in der Welt beruht erstens auf ihrer überwältigenden militärischen Überlegenheit und zweitens auf ihrer Kontrolle über die Wirtschaftsströme der Welt durch die Bindung des Ölpreises an den Dollar und dessen Bedeutung als der Währungsreserve der Welt.

Die USA führen Kriege, besetzt Länder, errichtet Stützpunkte. All das kostet u.a. den US-Steuerzahler, viel Geld, bringt aber einer Handvoll von Konzernen Milliarden Gewinne. Der militärisch-industrielle Komplex, weiters die Konzerne im Ölfelddienstleistungssektor, im Infrastruktursektor und im Baubereich erhielten z.B. allein im Irak Aufträge in der Höhe von 100 ten Milliarden Dollar, die Erdölkonzerne ExxonMobil, Shell und BP haben 2005 ihre höchsten Reingewinne , 36 , 25 bzw. 23 Milliarden Dollar, gemacht.

Im Jahr 2006 betrug das US-Militärbudget 528 Milliarden Dollar, das sind 4 6% der weltweiten Mi-

litärausgaben!. Im Vergleich dazu hatte Russland, das ca. 20 % weniger Einwohner als die USA hat, 2006 nur 25 Milliarden Dollar Militärausgaben, während China, ein Land mit viel mehr Einwohnern als die USA, im Jahr 2006 nur 49 Milliarden an Militärausgaben hatte.

Die USA ist nun zunehmend in Bezug auf viele Wirtschaftsbereiche gegenüber der Konkurrenz in die Defensive geraten. **Nur durch den Einsatz ihrer riesigen militärischen Kräfte können sie noch ihre Vorherrschaft aufrechterhalten und ihre Profite ausbauen. Sie müssen auf Krieg setzen, um sich im Konkurrenzkampf noch zu behaupten.** Die Regierung Bush hat schon erklärt hat, sie würde keinem Land der Welt erlauben, ihre Vorherrschaft auch nur in Frage zu stellen. Die USA haben schon rund um Russland ihre Waffensysteme stationiert, sie rüsten Indien gerade mit Atomwaffen auf, um China zu bedrohen. Sie sind die größte Bedrohung für den Frieden auf der Welt!

US-Dollar in Gefahr

Der **zweite Grund warum die USA auf Krieg setzen müssen**, warum sie den Krieg gegen den Irak brauchten und gegen den Iran wollen: **Die US Dollarbindung des Erdöls ist in Gefahr!**



Sadam Hussein beabsichtigte, kurz vor dem US-Überfall auf den Irak, sein Öl nicht, wie bis dahin überall auf der Welt üblich, gegen Dollar sondern gegen Euro zu verkaufen und wurde dabei auch von EU-Vertretern ermuntert. Der Iran will nun ebenfalls sein Erdöl in Euro statt in Dollar handeln und dazu eine zweite Ölborse eröffnen. Das hätte längerfristig verheerende Folgen für die US-Wirtschaft. Denn neben der überwältigenden militärischen Überlegenheit ist der **zweite Grund für die US-Vorherrschaft die Rolle des Dollars als Welt-Währungsreserve und diese ist nur durch die Bindung des Erdöls an den Dollar möglich.** Durch die Dollarbindung des Erdöls sind sämtliche Volkswirtschaften der Welt gezwungen, Dollarreserven

anzusammeln.

Erdöl ist heute der häufigste und wichtigste Rohstoff für die Wirtschaft jeder Nation! Nicht zuletzt um die Dollarbindung des Öls aufrechtzuerhalten, haben die USA den Irak überfallen und bedrohen heute den Iran.

Russland kooperiert mit dem Iran im Ölgeschäft, China hat Anteile des größten Erdölfeldes des Iran erworben, um sich auch etwas vom Petrodollar abzukoppeln. Die Europäer, ebenso wie die Japaner und Chinesen müssten nicht länger Dollar einkaufen und bereithalten, um ihre Ölzahlungen zu gewährleisten. Der Euro als Währung für Öl würde diesem den Status einer Währungsreserve geben. Die großen EU-Staaten ebenso wie China und Japan haben enorme Dollarreserven, die sie in den USA in Staatsanleihen, Wertpapieren angelegt haben. So schützen sich diese Länder vor der Inflation und dem Verfall des Erlöses ihrer Exporte.

Würden diese Länder nur einen Teil ihres Geldes abziehen und in Euro anlegen, würde das, laut Meinung vieler Experten, zu einem Wirtschaftskollaps in den USA führen, der Wert des Dollars würde ins Bodenlose fallen. Nur solange der Dollar die Reservewährung der Welt ist, 70 % des gesamten Welt Handels werden in Dollar abgewickelt, kann sich die USA auch ihr gigantisches Außenhandelsdefizit leisten. Allein das jetzige US- Handelsbilanzdefizit beträgt ca. 500 Milliarden Dollar und wird jedes Jahr mehr. Insgesamt betrug die Schuld der USA an ausländische Gläubiger schon 2005 die unfassbare Summe von ca. 6 Billionen Dollar (6.000 Milliarden Dollar).

Sollte ein bedeutender Teil der restlichen Welt den Dollar als Leitwährung kippen, hätte das also für die USA katastrophale Folgen. Das ist die „Bombe“, die die USA fürchten.

Auch Österreich betroffen

Die USA üben auf Regierungen, die ihre Herrschaftspolitik stören, wirtschaftlichen bzw. politischen Druck aus. Auch Österreichs OMV, die gerade im Iran ein großes Geschäft mit der Erschließung eines riesigen Erdgasfeldes abschloss, wurde von der US-Administration, aufgefordert, das Geschäft zu stornieren. Alle großen Erdöl – und Erdgaskonzerne, außer die US-amerikanischen, beuten im Iran Erdöl und Erdgas aus und lassen

sich auch von den Profiftherren im Weißen Haus ihre Geschäfte nicht stören. Österreich, das, wie Außenministerin Plasnik richtig feststellte, nicht der 51. Bundesstaat der USA ist, wird sich, hoffentlich hier nicht vereinnahmen lassen.

Die Rolle der EU

Die EU macht, wie erwähnt, bei der US-Kriegspropaganda mit, so z.B. gegen Russland. Während Russlands autonome Politik in Sachen Erdgas gegenüber seinen Anrainerstaaten, von der EU als Erpressung angeprangert wird, während Merkel und Co. die Menschenrechtsverletzungen in Russland anprangern, werden

gleichzeitig Russlands Nachfolgestaaten auf Westkurs gebracht und werden „die riesigen Menschenrechtsverletzungen“, ja die Kriege, die die USA führen, von Seiten der EU nicht erwähnt. Die EU-Staaten und ihre Konzerne machen ja einerseits an der Seite der USA selbst Geschäfte, andererseits verfolgen sie ja mit der neuen EU-Militärunion einen neuen, eigenen Militärkurs!

Die neue EU-Militärunion baut gerade die offensive Euro-Armee auf, vorerst in Form der EU-Schlachttruppen, einer schnellen Eingreiftruppe.

Das ist die offensive Konkurrenz zur militärisch aggressiven USA im

Kampf um Absatzmärkte, Rohstoffquellen, geopolitischen Einfluss. Österreich soll, geht es nach unserer Regierung aber auch der Opposition, in der neuen Euro-Armee mitkämpfen. Dazu dienen ja u.a. die Kampf bomber Eurofighter! Das heißt weitere Erhöhung des Militärbudgets, noch mehr Sparen auf Kosten der Menschen und das heißt, dass Österreichs Soldaten wieder auf fremde Schlachtfelder **geschickt werden sollen. Österreichs Neutralität soll den Machtplänen der europäischen Konzernen und Militärs geopfert werden.**

(aus: GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg, 2/07 – Titel und Ergänzungen von der ÖSK-Redaktion)

SOZIALVERSICHERUNGSEINRICHTUNGEN: PRIVATISIERUNG SCHREITET VORAN

Wurde bis zum Antritt von Rot-Schwarz von von der grünen und roten Opposition die Privatisierungspläne in der Sozialversicherung zumindest in Worten abgelehnt, hört man davon derzeit gar nichts. Aber die Privatisierung von Sozialversicherungseinrichtungen geht unter der Hand munter weiter. So will die Sozialversicherungsanstalt der Bauern (SVB) ab Juli die Mehrheit ihrer 4 Rehabilitationszentren verkaufen. Gleichzeitig wird den Privaten auf 12 Jahre die Auslastung garantiert, weil sich solche Rehabs erst ab 100 Betten rentieren. Super!

Das ist staatlich subventionierte Privatwirtschaft. Die Käufer sind keine Armen, nämlich die Health-Care-Gruppe um den sich gerne selbst als Gesundheits- und Spitalsökonom bezeichnenden Christian Köck, die Strabag (Baufirma, bei

erst unlängst ein russischer Oligarch eingestiegen ist) sowie die Hospitals-Gruppe um die Bau firma Porr. Weitere Interessenten sollen die Vamed und die Humanomed (dahiner stekken die Versicherungen Städtische und Uniqa) sein. Alle samt zahlungskräftige Investoren, die mit ihren Beteiligungen noch mehr Geld machen wollen. Das heißt, dass in diesen Einrichtungen weniger die Gesundheit als das Gewinnemachen im Vordergrund steht. Herr Köck ist ja zum Beispiel dafür bekannt, dass er überall vorrechnet, wie viel Personal er einsparen kann.

Halten Sie also künftig die Brief tasche bereit, wenn sie in so ein Rehab-Zentrum kommen.



130 Tote durch Hitzesommer 2003

Für den Mediziner Hans-Peter Hutter ist der Großteil dieser Todesfälle nicht auf kurzzeitig frühes Ableben vom Schwerstkranken zurückzuführen. „Rasche medizinische Hilfe hätte die meisten Todesfälle verhindern können“ (Kurier, 23.5.07) Was so viel heißt, dass es diese nicht gegeben hat. Und das im Land, das sich selbst gerne als dasjenige mit dem besten Sozialsystem brüstet. Die Wirklichkeit schaut leider anders aus.

Unauffällig sterben!

Nach Ansicht des Schweizer Gesundheitsökonom Peter Zweifel soll im Gesundheitswesen und auch in der Krankenversicherung mehr Wettbewerb einziehen. Der Kunde, sprich Patient, könnte dann ja seine Auswahl treffen und entscheiden.

Wie jeder weiß ist aber die Gesundheit nicht wie eine Erdäpfel, die man in verschiedenen Supermärkten vergleichen kann und sich dann zum Kauf entscheidet. Abgesehen davon, dass auch dafür viel Zeit drauf gehen würde, würde so ein Vergleich bei Privaten Versicherungen und Ärzten sehr bald sehr teuer kommen und das könnten sich wieder nur Leute mit mehr Einkommen leisten.

Zudem würde der unnötige „Wettbewerb“ in der Krankenversicherung nur dazu führen, dass bisher in die Gesundheit fließendes Geld für Werbezwecke verwendet würde, um die Konkurrenz auszustechen, also im Hinblick auf die Gesundheit völlig unproduktiv wäre. Weil aber so die Kosten für Gesundheit steigen würden, befürchten Kritiker zu Recht, dass die Menschen mit weniger oder geringem Einkommen weniger oder gar nicht mehr zum Arzt gehen würden.

Die Folge: sie werden leichter krank, und es fällt nicht auf, sie würden letztlich unauffällig sterben.

Länger arbeiten - früher sterben?



Mehr Sozialhilfeempfänger

Für den Mediziner Hans-Peter Hutter ist der Großteil dieser Todesfälle nicht auf kurzzeitig frühes Ableben vom Schwerstkranken zurückzuführen. „Rasche medizinische Hilfe hätte die meisten Todesfälle verhindern können“ (Kurier, 23.5.07) Was so viel heißt, dass es diese nicht gegeben hat. Und das im Land, das sich selbst gerne als dasjenige mit dem besten Sozialsystem brüstet. Die Wirklichkeit schaut leider anders aus.



proSV - Plattform
Keine Zerschlagung
der Sozialversicherung

Homepage:

<http://prosv.akis.at>

E-Mail: proSV@akis.at

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die Zeitschrift "Solidarität - unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich will ein Abo (4 - 5 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von € 6,- (Solidaritätspreis € 12,-)
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

91/07

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee
Stiftgasse 8, 1070 Wien
oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Erscheinungsort Wien, P.b.b.
Verlagspostamt 1070 Wien,
"Sponsoring Post" GZ 02Z030772 S

Wärst du nicht arm, wär ich nicht reich

Die Zahl der Reichsten mit über einer Milliarde Dollar Privatvermögen stieg 2006 laut Forbes-Magazin gegenüber 2005 um 23 % von 768 auf 946. Noch stärker stieg ihr Vermögen - von 2,6 auf 3,5 Billionen US-Dollar. Das ist ein Zuwachs um 35 %. Solch ein inflationäres Wachstum ist nur möglich, wenn anderen umso weniger bleibt. „Und der Arme sagte bleich: Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich“, formulierte Bertholt Brecht. In Russland gibt es deren schon 53 - um zwei weniger als in Deutschland (Forbes, 8. März 2007)

Wer ist Kommunist?

Wenn ich den Armen Brot gebe, nennt man mich einen Heiligen. Aber wenn ich frage, warum die Armen nichts zu essen haben, dann werde ich als Kommunist beschimpft.

Dom Helder Camara
(aus: *Einladungstext zu einer Veranstaltung der Katholischer ArbeitnehmerInnen Bewegung*)

Österreich: Ein Drittel lehnt Kapitalismus ab

Eine jüngst durchgeführte IMAS-Umfrage über die Erwartungshaltungen der Österreicher zeigt Interessantes: „Zu den überraschenden Ergebnissen der Studie zählt die verbreitete Skepsis der Österreicher gegenüber der Marktwirtschaft“, kommentiert die „Wiener Zeitung“ (23.5.07): Demnach sprechen sich ein Drittel der Befragten dafür aus, den Kapitalismus zu bekämpfen, fast 25 Prozent sind der Meinung, dass die Wirtschaft durch den Staat kontrolliert werden sollte.